

## Ortsbeirat Allendorf

Geschäftsstelle Ortsbeiräte  
Auskunft erteilt: Frau Allamode  
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: aallamode@giessen.de

Datum: 16.11.2006

### Niederschrift

zur 5. Sitzung des Ortsbeirates Allendorf  
am Dienstag, dem 07.11.2006,  
im Sitzungszimmer der Verwaltungsstelle, Mehrzweckhalle,  
Untergasse 34, 35398 Gießen-Allendorf.  
Sitzungsdauer: 20:05 - 21:40 Uhr

#### Anwesend:

##### Teilnehmer/-innen:

Herr Thomas Euler	SPD	<b>Ortsvorsteher</b>
Herr Tobias Blöcher	SPD	
Frau Ellen Volk	SPD	
Herr Hans Wagner	SPD	
Herr Jörg Schreiber	CDU	
Herr Manfred Becker	FW	
Herr Hans Heller	FW	
Herr Gerhard Greilich	Bündnis 90/Die Grünen	

##### Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat

##### Stadtverordnete:

Herr Alfons Buchholz	SPD
Herr Prof. Dr. Klaus Kramer	CDU

##### Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Andrea Allamode	Schriftführerin
----------------------	-----------------

##### Entschuldigt:

Herr Prof. Dr. Franz-Josef Bockisch	CDU
-------------------------------------	-----

**Ortsvorsteher Euler** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

**Ortsvorsteher Euler** teilt mit, dass er zwischenzeitlich den Ortsbeiratsmitgliedern Ellen Volk und Hans Heller im Namen des Ortsbeirates zu ihren „runden“ Geburtstagen gratuliert habe, beide zusammen seien sie 100 Jahre alt geworden.

Zur Terminierung der nächsten Ortsbeiratssitzung merkt er an, dass diese Sitzung zwischen dem 29.11. und 20.12.2006 stattfinden müsse. Er schlägt zwei Termine vor: 12.12. oder 19.12.2006 und bittet um ein wenig Flexibilität, da in diesem Zeitraum das Tiefbauamt eine Anwohnerversammlung bzw. eine Anhörung im Ortsbeirat zum Bauablaufplan im Zuge der Straßensanierung Untergasse plane. Er werde kurzfristig zu einem der beiden genannten Termine innerhalb der Ladungsfrist einladen. Gegen diesen Verfahrensvorschlag erheben sich keine Einwände.

**Ortsvorsteher Euler** teilt mit, dass er den Tagesordnungspunkt 14 - *Stellungnahme der Stadt Gießen zum Regionalen Raumordnungsplan Mittelhessen* - von der Tagesordnung nehme, da der Magistrat die Stellungnahme bereits beschlossen und an das Regierungspräsidium weitergeleitet habe. Er bemängelt, dass Entscheidungen hierzu von der Verwaltung getroffen wurden und nicht von den parlamentarischen Gremien.

Zu TOP 12 - *Strom- und Gaspreiserhöhung der Stadtwerke Gießen für die Bürger des Stadtteils Allendorf/Lahn* - erklärt er, obwohl das Thema nicht ein Belang des Ortsbeirates sei, habe er ihn als Tagesordnungspunkt für die Sitzung vorgesehen. Aus Rücksicht auf den Antragsteller, der seit der neuen Legislaturperiode erstmals Mitglied des Ortsbeirates ist. Ein Beschluss könne nicht gefasst werden, aber er erklärt sich damit einverstanden, dass eine kurze Diskussion hierzu stattfindet.

**Herr Becker**, FW-Fraktion, entgegnet, die Rücksichtnahme von Ortsvorsteher Euler wäre nicht nötig gewesen. Wenn er als Vorsitzender meine, dass das Thema nicht beraten werden könne, hätte er den Antrag zurück weisen können.

Nachdem keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung vorgetragen werden, stellt Vorsitzender fest, dass die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen ist.

#### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des Ortsbeirates vom 05.11.2006

3. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
4. Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte in der  
Universitätsstadt Gießen OBR/0525/2006  
- Antrag des Ortsvorstehers vom 24.09.2006 -
5. Konzeption für eine Radroute Allendorf - Innenstadt OBR/0526/2006  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
04.10.2006 -
6. Nachhaltige Beseitigung der Geruchsbelästigung durch  
den Abwassersammelkanal OBR/0527/2006  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 22.09.2006 -
7. Höhere DSL-Option auch für den Stadtteil Allendorf/Lahn OBR/0528/2006  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.09.2006 -
8. Alternativstandort für den Vereinscontainer der Allendorfer  
Buschenschaft OBR/0529/2006  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2006 -
9. Bürgersteigerneuerung in diversen Straßen OBR/0530/2006  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.10.2006 -
10. Einstellung von Landkauf in der Gemarkung OBR/0542/2006  
Allendorf/Lahn für die Gewerbegroßfläche Lützellinden  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.10.2006 -
11. Auslichten und Durchforsten der Bäume am Kleebach OBR/0543/2006  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.10.2006 -
12. Strom- und Gaspreiserhöhung der Stadtwerke Gießen für OBR/0544/2006  
die Bürger des Stadtteils Allendorf/Lahn  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.10.2006 -
13. Sofortiger Stopp der Erdaufschüttungen im Bereich des OBR/0546/2006  
Sonderlandeplatzes Lützellinden  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2006 -
14. Stellungnahme der Stadt Gießen zum Regionalen Raumordnungsplan  
Mittelhessen - Zurückgezogen -
15. Mitteilungen und Anfragen

## 16. Bürgerfragestunde

### Abwicklung der Tagesordnung:

#### Öffentliche Sitzung:

##### 1. Eröffnung und Begrüßung

---

Wurde zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

##### 2. Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des Ortsbeirates vom 05.11.2006

---

**Frau Volk**, SPD-Fraktion, äußert ihre Verwunderung über die Art und Weise, wie es in der letzten Sitzung zur Ablehnung des vom Ortsvorstehers übernommenen Dringlichkeitsantrages gekommen sei (Antrag betreffend „Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte“). Sie hätte dies auch gerne im Protokoll niedergeschrieben gesehen, sie bestehe allerdings nicht auf eine Änderung der Niederschrift.

#### **Beratungsergebnis:**

Die Niederschrift über die 4. Sitzung wird einstimmig genehmigt.

##### 3. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

---

- Nachdem Herr Heller in der 3. Sitzung erklärt habe, dass er sich zur Grundstücksangelegenheit aus der 2. Sitzung detailliertere Antworten gewünscht hätte, ist in der Zwischenzeit eine Antwort des Magistrats vom 06.10.2006 eingegangen. **Folgender Inhalt wird von Ortsvorsteher Euler verlesen:** *„Zur Feststellung von Herrn Becker bezüglich der Erläuterung von Ergänzungsgebieten in der Begründung des Beschlussantrages teilt Stadtrat Rausch mit, dass der Vorgang zur Kenntnis genommen wird. Alte, bereits beschlossene, Vorlagen sind nicht neu zu begründen.“*

**Ortsvorsteher Euler** kritisiert dieses „sonderbare Verfahren“, hält aber für das Protokoll fest, dass dieser Punkt erledigt sei.

- Weiter stellt **Ortsvorsteher Euler** zur 3. Sitzung des Ortsbeirates fest, **dass folgende Tagesordnungspunkte erledigt seien:**

**TOP 4** „Hausmeisterbetreuung in der Mehrzweckhalle“, Schreiben des

Magistrats vom 06.10.2006

**TOP 6** „Wiederherstellung eines Weges zwischen der Landesstraße L3451 und dem Allendorfer Wäldchen und Ausbau des Radwegenetzes“, Schreiben des Magistrats vom 06.10.2006

**TOP 7** „Berichtsantrag zur geplanten Großgewerbefläche Lützellinden“, Schreiben des Magistrats vom 31.10.2006

**Herr Becker** gibt folgende Stellungnahme der FW-Fraktion zur Antwort des Magistrats vom 31.10.2006 zu Protokoll:

*„Die von der FW-Fraktion gestellten 14 Fragen sind vom Magistrat, hier in Person von Herrn Stadtrat Rausch unter Hinweis auf die Hessische Gemeindeordnung und die Geschäftsordnung der Ortsbeiräte nicht beantwortet worden. Der Ortsteil Allendorf wird von einer Großgewerbefläche Lützellinden schon heute tangiert (Grundstücks-käufe) und wird auch zukünftig direkt betroffen sein wird (Verkehrsaufkommen, Straßenführung, Arbeitsplätze, Zerstörung der Landschaft in unmittelbarer Umgebung). Insofern teilen wir nicht die Meinung von Herrn Stadtrat Rausch, dass das Thema nicht in den Aufgabenkatalog des Ortbeirats Allendorf gehört und fordern deshalb den Magistrat erneut auf, die gestellten Fragen zu beantworten.“*

*Im Übrigen ist es ein Armutszeugnis, dass der Magistrat zu einem seiner größten Projekte gegenüber einer Bürgervertretung die Auskunft verweigert. Bei einer bei solchen Großprojekten üblichen laufenden Projektkontrolle, hätte man alle gestellten Fragen in Minutenschnelle beantworten können, zumal es hier nicht um ‚sicherheitsrelevante Geheimnisse‘ geht*

*Das Verhalten des Magistrats, bestätigt die FW-Fraktion in ihrer Einschätzung, dass bis dahin keine Investoren mit großflächigem Bedarf in Sicht sind. Wäre das Gegenteil der Fall hätten die Erfolgsmeldungen schon längst in der Zeitung gestanden und der Vater des Erfolgs wäre dort sicherlich auch im Bild gewesen.*

*Wir bleiben deshalb bei unserer Einschätzung, dass hier aus Prestige Gründen eine intakte Kulturlandschaft zerstört wird, obwohl mehr als genug Alternativflächen zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass in Zeiten knapper Haushaltsmittel, Steuergelder unverantwortlich verschwendet werden.“*

**Herr Heller**, FW-Fraktion, bittet erneut, den Magistrat zu den 14 Fragen Stellung zu nehmen.

Noch nicht erledigt:

**TOP 5** „Sperrung des Weges entlang des Allendorfer Wäldchens für Kraftfahrzeuge“

Hierzu gibt **Ortsvorsteher Euler zu Protokoll:** „Gemeint war der Weg südlich des Allendorfer Wäldchens beginnend im Westen an der Hoppensteinstraße - gegenüber Untersorger Mühle - und endet im Osten an der Gemarkungsgrenze nach Kleinlinden. (Siehe Anlage I)

**TOP 8** „Maßnahmen wegen er unerwartet kurzfristig bevorstehenden Sanierung der Untergasse und der Kleebachbrücke“, Schreiben des Magistrats vom 06.10.2006

**Ortsvorsteher Euler** merkt an, zu dem vorgenannten TOP 8 der 3. Sitzung wurde in der darauf folgenden 4. Sitzung vorgeschlagen, zumindest die Straße „In der Lache“ als einseitige Umleitungsstrecke einzuplanen. Hierzu habe der Magistrats noch nicht Stellung genommen, so dass dieser Punkt noch nicht erledigt sei.

- **Erledigte und unerledigte Tagesordnungspunkte der 4. Sitzung:**

Erledigt:

**TOP 4** „Prüfung einer Verbesserung der Ampelschaltung der Kreuzung Allendorfer/Lützellindener Straße, Schreiben des Magistrats vom 06.10.2006

**TOP 6 - 6.2** „Anträge der FW-Fraktion zum Thema „Baumaßnahme Untergasse und Erneuerung der Kleebachbrücke“, Schreiben des Magistrats vom 06.10.2006

**TOP 10** „Zustand der Gewässer in der Auenlandschaft“, Schreiben des Magistrats vom 06.10.2006

**TOP 12** - Punkt „Ausgleichsflächen“, Schreiben des Magistrats vom 06.10.2006

**Herr Becker**, FW-Fraktion, erklärt, dass er das Schreiben durchaus gelesen habe, aber den von Ausgleichsflächen/Ausgleichsmaßnahmen noch immer nicht verstanden habe.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich Herr Becker, Ortsvorsteher Euler, Herr Greilich, Herr Heller und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beteiligen, gibt **Ortsvorsteher Euler folgendes zu Protokoll:** „Die Bürgermeisterin bittet den Leiter des Umweltamtes, Herrn Dr. Grommelt, sich bezüglich dieser Thematik mit Herrn Becker in Verbindung zu setzen.“

Noch nicht erledigt:

**TOP 5 - 5.2** „Anträge der FW und SPD-Fraktion zum Thema Straßenbeitragssatzung“

**Ortsvorsteher Euler** merkt an, dass heute zu Sitzungsbeginn ein entsprechendes Schreiben des Magistrates vom 06.11.2006 eingegangen sei. Dieses sei aber sehr umfangreich und könne heute deshalb nicht behandelt werden. Die angeblichen „handwerklichen Kunstfehler“ in der Stellungnahme zu 2.1 werden allerdings jetzt schon deutlich zurück gewiesen. Man habe bei der Änderungssatzung den gleichen Aufbau gewählt, wie er bereits bei der ursprünglichen Satzung (im § 13) vorhanden sei. Dort wurden auch erst legal die Ausnahmen zu den Bundesstraßen definiert und dann drei Straßenzüge in der Folge genannt. Nichts anderes mache der Entwurf der Änderungssatzung, nämlich erst die Kriterien nennen und dann die Beispiele für die betroffenen Straßenzüge, die im Sinne der Satzungsänderung als „Straßensanierungs-Altlasten“ gelten. Wer den Entwurf der Änderungssatzung für „handwerklich fehlerhaft“ halte, der müsse auch die eigentliche Satzung für „handwerklich fehlerhaft“ halten. Die Stellungnahme müsse in der nächsten Ortsbeiratssitzung beraten werden.

**TOP 7** „Konzept für einen Rundweg um Allendorf/Lahn“, Schreiben des Magistrats vom 06.10.2006

Hierzu merkt **Ortsvorsteher Euler** an, dass in der Antwort des Magistrats auf den letzten Absatz des Antrages nicht eingegangen wurde.

**TOP 9** „Pflege der städtischen Grundstücke nördlich der Ortsbebauung“

Hierzu merkt **Ortsvorsteher Euler** an, dass zwar eine Antwort des Magistrats vorliege, aber der 2. Punkt des Antrages nicht beantwortet wurde.

**TOP 11** „Bau einer Fischtreppe am Wehr der Untersorger Mühle“, Schreiben des Magistrats vom 06.10.2006

**Ortsvorsteher Euler** äußert sich verwundert über die Aussage des Magistrats, dass zur Zeit keine Planungen für Fischtreppen etc. an Nebenflüssen der Lahn bestehen. Dies sei sehr verwunderlich, da dem Ortsbeirat bereits mitgeteilt wurde, dass im oberen Lauf des Kleebackes - nämlich an dem Wehr in der Untergasse - im Rahmen der Sanierung der Brücke sehr wohl eine Fischtreppe gebaut werden solle. Er bittet deshalb um eine erneute Überprüfung.

4. **Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte in der  
Universitätsstadt Gießen  
- Antrag des Ortsvorstehers vom 24.09.2006 -**

---

OBR/0525/2006

**Antrag:**

Der Ortsbeirat bittet die Stadtverordnetenversammlung, bei der anstehenden Änderung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte folgende Rechte vorzusehen:

1. Der Magistrat informiert die Ortsbeiräte rechtzeitig und umfassend über im jeweiligen Ortsbezirk beabsichtigte Maßnahmen von größerer Bedeutung.
2. Der Magistrat verpflichtet sich, zeitnah zu den Anträgen und Anfragen aus den Ortsbeiräten schriftlich Stellung zu beziehen. Die schriftliche Stellungnahme des Magistrats hat jedoch innerhalb von 2 Monaten nach Beschlussfassung vorzuliegen.
3. Allen Ortsvorstehern wird ein Rederecht in den Ausschüssen zu Angelegenheiten, die deren Ortsbezirk betreffen, eingeräumt. In besonders wichtigen Fällen soll dies auch für die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung gelten.
4. Der Magistrat verpflichtet sich, zu jeder Ortsbeiratssitzung den zuständigen Dezernenten oder einen anderen offiziellen Vertreter des Magistrates zu entsenden. Auf Wunsch des Ortsbeirates sollen auch Vertreter der Fachämter an der Sitzung und bei Ortsterminen teilnehmen. Der Vertreter des Magistrates sollte vorbereitet sein und Auskunft geben können.

**Begründung:**

BLG und Die Linke haben in der Stadtverordnetenversammlung Anträge gestellt, bei der anstehenden Geschäftsordnungsänderung den Ortsbeiräten mehr Rechte einzuräumen. Was das Rederecht in den Ausschüssen angeht, so ist dieses durch Grenzänderungsvertrag bislang nur den Ortsvorstehern von Allendorf/Lahn und Rödgen vorbehalten. Durch eine Initiative der SPD-Fraktion und eines einzelne Stadtverordneten in der Legislaturperiode 1993-1997 sollte eine Rederecht der Ortsvorsteher in der Stadtverordnetenversammlung (und in den Ausschüssen) verankert werden, scheiterte jedoch sehr knapp.

In der letzten Legislaturperiode haben sich die Ortsbeiratsfunktionäre (Ortsvorsteher, stv. Ortsvorsteher, Fraktionsvorsitzende) zu Arbeitstreffen zusammen gefunden um den Umgang zwischen dem Magistrat und den Ortsbeiräten zu optimieren, nach dem es zuvor vielfach zu erheblichen Störungen gekommen war. Die Umsetzung der Arbeitsergebnisse wurden vom Oberbürgermeister zugesichert.

Leider konnte der in der letzten Sitzung des Ortsbeirates vom Ortsvorsteher übernommene Antrag der BLG nicht als Dringlichkeitsantrag übernommen werden, weil das erforderliche Quorum nicht zustande kam.

**Ortsvorsteher Euler** trägt den Antrag vor und begründet ihn kurz.

**Herr Greilich**, Bündnis 90/Die Grünen, hält das geforderte Rederecht für die Ortsvorsteher in der Geschäftsordnung für nicht erforderlich, schließlich sei Allendorf in der Stadtverordnetenversammlung mit vier Stadtverordneten und zwei Magistratsmitgliedern, gemessen an den Einwohnerzahlen „überrepräsentiert“ und ausreichend vertreten. Zudem würden die Sitzungen noch länger dauern.

**Herr Schreiber**, CDU-Fraktion, kritisiert, dass sich der Antragsteller auf den Ursprungsantrag der Die Linke-Fraktion bezieht und bittet dies im Antrag zu streichen. Man solle sich nicht „zum Sprachrohr“ dieser Partei machen.

**Ortsvorsteher Euler** erklärt, dass in der Begründung des Antrages der 1. Satz und der letzte Absatz gestrichen werden, so dass die offizielle Antragsbegründung nun wie folgt lautet:

Was das Rederecht in den Ausschüssen angeht, so ist dieses durch Grenzänderungsvertrag bislang nur den Ortsvorstehern von Allendorf/Lahn und Rödgen vorbehalten. Durch eine Initiative der SPD-Fraktion und eines einzelnen Stadtverordneten in der Legislaturperiode 1993-1997 sollte ein Rederecht der Ortsvorsteher in der Stadtverordnetenversammlung (und in den Ausschüssen) verankert werden, scheiterte jedoch sehr knapp.

In der letzten Legislaturperiode haben sich die Ortsbeiratsfunktionäre (Ortsvorsteher, stv. Ortsvorsteher, Fraktionsvorsitzende) zu Arbeitstreffen zusammen gefunden um den Umgang zwischen dem Magistrat und den Ortsbeiräten zu optimieren, nach dem es zuvor vielfach zu erheblichen Störungen gekommen war. Die Umsetzung der Arbeitsergebnisse wurden vom Oberbürgermeister zugesichert.

**Beratungsergebnis:**

Es wird um getrennte Abstimmung gebeten (Ziffer 1., 2. und 4 zusammen, Ziffer 3., Satz 1 und 2 einzeln).

Ziffer 1., 2. + 4.: Einstimmig zugestimmt.

Ziffer 3., Satz 1: Mehrheitlich zugestimmt. (Ja: SPD/FW; Nein: CDU/GR)

Ziffer 3., Satz 2: Mehrheitlich zugestimmt. (Ja: SPD/FW; Nein: CDU/GR)

**5. Konzeption für eine Radroute Allendorf - Innenstadt  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom  
04.10.2006 -**

**OBR/0526/2006**

**Antrag:**

Der Magistrat wird gebeten, eine durchgehende Radroute Allendorf - Innenstadt sowie deren Beschilderung zu konzipieren und das Konzept dem Ortsbeirat vorzustellen. Zur Schaffung einer durchgehenden Radwegeverbindung ist insbesondere der Lückenschluss des Radweges entlang der Frankfurter Straße zwischen Robert-Sommer-Straße und Schubertstraße erforderlich.

**Begründung:**

Allendorf - und damit auch die anderen südlichen Vororte Klein- und Lützellinden - verfügen leider immer noch nicht über eine durchgehende Radwegeverbindung in die Innenstadt. Bei der zunehmenden Bedeutung des Radverkehrs ist dies unbedingt erforderlich.

**Herr Greilich** trägt den Antrag vor und begründet ihn.

An der kurzen Diskussion beteiligen sich Herr Heller, Herr Wagner und Ortsvorsteher Euler.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

6. **Nachhaltige Beseitigung der Geruchsbelästigung durch den Abwassersammelkanal** **OBR/0527/2006**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 22.09.2006 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat wird gebeten, gegebenenfalls unter Inpflichtnahme des Wasserverbandes Kleebach dafür zu sorgen, dass die durch den Sammelabwasserkanal verursachten starken Geruchsbelästigungen in den Straßen Aubach, Untergasse und In der Lache nachhaltig beseitigt oder zumindest auf ein Minimum reduziert werden.

**Begründung:**

Seit der Kanalerneuerung durch den Wasserverband Kleebach vor ca. 7 Jahren stinkt es in trockenen Sommermonaten gerade in den Bereichen der Straßen Aubach, Untergasse (von Einmündung Aubach bis zur Mehrzweckhalle) und In der Lache schrecklich. Als vor einigen Jahren bereits ähnliche Beschwerden geäußert wurden, sind angeblich Aktivkohlefilter eingebaut worden. In diesem Jahr aber war der Gestank wieder entsetzlich. Hier muss nachhaltige Abhilfe geschaffen werden.

**Herr Wagner** erläutert für die SPD-Fraktion den Antrag vor.

**Herr Becker**, FW-Fraktion, teilt mit, dass er beim Wasserverband Kleebachtal angerufen habe und die ihm mitgeteilt haben, dass sie die damals eingesetzten Aktivkohlefilter (die der Geruchsbelästigung vorbeugen) überprüft und auch ausgetauscht haben. Das Problem ist wohl das, dass dieser Kanal mit allen anderen Kanälen verbunden ist und der Gestank aus den „normalen“ Gullys herauf steige.

Aufgrund der zuvor gemachten Aussagen von Herrn Becker ändert die antragstellende Fraktion ihren SPD-Antrag wie folgt:

**„Der Magistrat wird gebeten, gegebenenfalls unter Inpflichtnahme des**

Wasserverbandes Kleebach dafür zu sorgen, dass die durch den Sammelabwasserkanal verursachten starken Geruchsbelästigungen in den Straßen Aubach, Untergasse und in der Lache nachhaltig beseitigt oder zumindest auf ein Minimum reduziert werden. *Da offensichtlich auch Verbindungen zu anderen Kanälen vorhanden sind, stinkt es mitunter auch aus den Gullys. Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, über die MAB auch hier Abhilfe zu schaffen."*

**Beratungsergebnis:** Geändert einstimmig zugestimmt.

**7. Höhere DSL-Option auch für den Stadtteil Allendorf/Lahn OBR/0528/2006  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.09.2006 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat wird gebeten, in Verhandlungen mit der Deutschen Telekom zu erreichen, dass auch im Stadtteil Allendorf/Lahn mindestens T-DSL 2000 aber besser noch eine höhere DSL-Option möglich ist. Darüber hinaus soll der Magistrat auch mit anderen Anbietern vergleichbare oder bessere Optionen aushandeln.

**Begründung:**

Die Abkürzung "DSL" steht für Digital Subscriber Line und ist ein Internetzugang mit hoher Bandbreite. Der Anschluss erfolgt über die gewöhnliche Telefonleitung. Es gibt verschiedene DSL-Anschlüsse, die sich in der Übertragungsgeschwindigkeit für Upstream (Daten ins Internet) und Downstream (Daten empfangen, Download) unterscheiden.

Der Stadtteil Allendorf/Lahn ist hinsichtlich der diesbezüglichen Infrastruktur gegenüber der restlichen Stadt deutlich benachteiligt. Der Stadtteil Allendorf/Lahn verfügt nur über T-DSL 1000 (1.024 Kbit pro Sekunde bei Upstream/ 128 Kbit pro Sekunde bei Downstream), der Nachbarstadtteil Lützellinden über DSL 2000 (2.048 bzw. 192 Kbit/s) und der Nachbarstadtteil Kleinlinden teilweise sogar über DSL 16.000 (16.000 bzw. 1.024 Kbit/s). Die Stadt Gießen sollte an einer annähernden Gleichbehandlung aller Stadtteile interessiert sein, weil immer mehr Haushalte auf schnellere Datenübermittlung umsteigen.

Was nutzt der von der Stadt Gießen zur Verfügung gestellte Sitzungsdienstprogramm-Zugriff, wenn die umfangreichen Daten nur langsam und damit für die Betroffenen mitunter kostenintensiv herunter geladen werden können.

Der Antrag wird von **Frau Volk** für die SPD-Fraktion vorgetragen.

Nach kurzer Diskussion, an der sich Herr Greilich, Herr Stv. Prof. Dr. Kramer und Ortsvorsteher Euler beteiligen, ändert die antragstellende SPD-Fraktion ihren Antrag wie folgt:

**Der Magistrat wird gebeten, in Verhandlungen mit der Deutschen Telekom zu erreichen, dass auch im Stadtteil Allendorf/Lahn mindestens T-DSL 2000 aber besser noch eine höhere DSL-Option möglich ist. Darüber hinaus soll der Magistrat auch mit anderen Anbietern (z. B. Arcor) vergleichbare oder bessere Optionen aushandeln.**

*In jedem Haushalt in Allendorf soll die Einrichtung einer „Flatrate“ möglich sein.*

**Beratungsergebnis:** Geändert einstimmig zugestimmt.

**8. Alternativstandort für den Vereinscontainer der  
Allendorfer Burschenschaft  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2006 -**

---

**OBR/0529/2006**

**Antrag:**

Der Magistrat wird gebeten, für den Vereinscontainer der Allendorfer Burschenschaft „Wilde Wätz“ einen Alternativstandort nahe des Festplatzes zu suchen, falls der derzeitige Standort nach wohlwollender Prüfung nicht genehmigungsfähig sein sollte.

**Begründung:**

Bereits in der letzten Ortsbeiratssitzung machte die Burschenschaft auf das Drängen der Stadt Gießen aufmerksam, dass deren Vereinscontainer vom derzeitigen Standort (Flur 1, Nr. 554) entfernt werden müsse. Sie wandte sich hilfesuchend an den Ortsbeirat. In diesem Container werden nach Aussagen der Burschenschaft die Utensilien für die alljährliche Kirmes gelagert, deren Veranstalter die Burschenschaft ist. Ein Lagerort in der Nähe des Festplatzes wäre daher sehr sinnvoll. In einer Stellungnahme des Magistrates wird darauf hingewiesen, dass gem. § 6a Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes der derzeitige Standort deshalb nicht genehmigt werden könne, weil dieser Eingriff an anderer Stelle mit geringeren Beeinträchtigungen durchgeführt werden kann.

Dann sollte die Stadt auch in konstruktiver Weise einen Alternativstandort benennen können.

**Herr Blöcher** begründet für die SPD-Fraktion den Antrag.

An der kurzen Diskussion beteiligen sich Herr Becker, Herr Wagner und Ortsvorsteher Euler.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**Herr Wagner**, SPD-Fraktion, bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

**Die Sitzung wird von 21:02 Uhr bis 21:06 Uhr kurz unterbrochen.**

**Herr Heller** erklärt für die FW-Fraktion, dass sie den nachstehenden Antrag zurückziehen, da nicht klar sei, ob die Erneuerung von Bürgersteigen in verschiedenen Straßen unter die Straßenbeitragssatzung falle.

**9. Bürgersteigerneuerung in diversen Straßen  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.10.2006 -**

**OBR/0530/2006**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, in den nächsten Jahren den Bürgersteigbelag in den nachfolgend aufgeführten Straßen zu sanieren und die Bordsteinkanten instand zu setzen:

- Kleinlindener Straße (ab Hausnummer 21 bis Ortsende)
- Am Zehntfrei
- Am Gallichten
- Ehrsamer Weg
- Am Kasimir

**Begründung:**

Der heute vorhandene Betonplattenbelag ist offensichtlich völlig ungeeignet. Lose und zerbrochene Platten stellen eine dauernde Unfallgefahr und damit eine Gefährdung der Passanten dar. Ein Unfall mit schwerwiegenden Folgen ist bereits geschehen.

Die immer wieder vorgenommenen Ausbesserungen können das Grundübel, dass sich die Platten wieder lösen, nicht beseitigen. Auch sind die Ausbesserungen auf Dauer kostenintensiv, so dass nur ein neuer geeigneter robuster Belag das Problem für absehbare Zeit lösen kann.

Bei einer Zug um Zug durchzuführenden Instandsetzung in den nächsten Jahren sollten defekte Bordsteine ebenfalls ersetzt bzw. fachgerecht ausgebessert werden.

**Beratungsergebnis:** Zurückgezogen.

**10. Einstellung von Landkauf in der Gemarkung  
Allendorf/Lahn für die Gewerbefläche Lützellinden  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.10.2006 -**

**OBR/0542/2006**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, den Erwerb von Tausch- und Ausgleichsflächen in der Gemarkung Allendorf für die Gewerbefläche Lützellinden einzustellen.

**Begründung:**

Die für Großinvestoren geplante Gewerbefläche Lützellinden ist ein Projekt ohne jegliche Erfolgsaussicht. Großinvestoren mit entsprechendem Flächenbedarf sind aktuell und auch in den nächsten Jahren nicht in Sicht. In unmittelbarer Nähe existieren Gewerbegebiete mit rechtskräftigen Bebauungsplänen, in denen es bis heute keinerlei Aktivitäten gibt.

Im Stadtgebiet Gießen ergibt sich allein durch die Rückgabe von bisher militärisch

genutzten Arealen ein Flächenpotential von bis zu 300 Hektar, das zukünftig für die Ansiedlung von industriellen und mittelständischen Betrieben genutzt werden kann. Die Aktivitäten der Stadt sollten sich deshalb auch hier konzentrieren, um kurz- und mittelfristig Möglichkeiten zur Gewerbeansiedlung zu realisieren und damit auch Arbeitsplätze zu schaffen.

Nicht zuletzt ist es auch vor dem Hintergrund des Landschaftsschutzes nicht zu vertreten, dass über Jahrhunderte landwirtschaftlich genutztes fruchtbares Ackerland umgewidmet wird, solange noch andere geeignete Reserveflächen zur Verfügung stehen. Mit einer zu erwartenden Industriebrache würde im Stadtgebiet Gießen die letzte zusammenhängende landwirtschaftlich geprägte Kulturlandschaft westlich von Allendorf und Lützellinden für immer und unwiederbringlich zerstört.

Allein durch die vorbereitenden Planungen und den Landkauf für das illusionäre Mammutprojekt „Gewerbegroßfläche Lützellinden“ werden Steuergelder unverantwortlich vergeudet.

**Herr Heller** trägt den Antrag der FW-Fraktion vor.

**Herr Wagner** teilt mit, dass sich der SPD-Ortsverein in seiner letzten Mitgliederversammlung intensiv mit der Thematik „Großgewerbefläche Lützellinden“ befasst habe und diesem Projekt in der Mehrheit eher skeptisch gegenüber stehe. Inwieweit aber das Projekt durch eine Verweigerung bei den Grundstückskäufen verhindert werden könne sei eher fraglich. Deshalb sei die Abstimmung innerhalb der SPD-Fraktion freigegeben worden.

**Ortsvorsteher Euler** erinnert in diesem Zusammenhang an die grundsätzlichen Erklärungen der Fraktionen von SPD und FW in der 2. Ortsbeiratssitzung.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Wagner, Herr Greilich, Herr Becker, Ortsvorsteher Euler und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

**Beratungsergebnis:** Mehrheitlich abgelehnt.  
(Nein: 2 SPD/CDU/GR; Ja: FW; 2 SPD)

**11. Auslichten und Durchforsten der Bäume am Kleebach  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.10.2006 -**

**OBR/0543/2006**

**Antrag:**

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, dafür zu sorgen, dass der Baumbestand am Bachufer des Kleebaches entlang der Gärten an der oberen Triebstraße ausgelichtet und durchforstet wird.

**Begründung:**

Der heute vorhandene Baumbestand am Bachufer ist jahrelang, bis auf einige Ausnahmen, nicht systematisch ausgelichtet worden. Der Bestand ist dadurch sehr dicht und hoch geworden. Die Hanggärten werden stark beschattet. Die für den Bachuferbereich eher untypischen Eichen sollten eventuell ganz entfernt werden.

Für die FW-Fraktion erläutert **Herr Becker** den Antrag.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**12. Strom- und Gaspreiserhöhung der Stadtwerke Gießen für OBR/0544/2006  
die Bürger des Stadtteils Allendorf/Lahn  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.10.2006 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, als Vertreter des alleinigen Gesellschafters in geeigneter Form auf den Vorstand der SWG AG einzuwirken, um die erneute Preiserhöhung für Gas und Fernwärme zum 01. Oktober 2006 rückgängig zu machen und die vorgesehene Erhöhung des Strompreises zum 01. Januar 2007 auszusetzen.

**Begründung:**

Wenn ein Vorstandsvorsitzender in der Presse zu den durchgeführten bzw. vorgesehenen Preiserhöhungen nur lapidar erklärt: „Wir geben nur weiter, was uns in Rechnung gestellt wird“, ist das bedenklich. Wenn die SWG AG nicht in der Lage ist, durch geeignete Einkaufsstrategien und durch ein straffes Kostenmanagement im eigenen Haus für den Verbraucher günstigere Tarife sicherzustellen, stellt das Unternehmen seine Existenzberechtigung selbst in Frage.

Im Übrigen wird es vom Verbraucher nicht verstanden, dass in Zeiten permanenter Preiserhöhungen das Verwaltungsgebäude der Stadtwerke von einem Zweckbau in einen Prachtbau vom Fenstern verwandelt wird. Hinzu kommt, dass sich die SWG AG (nach wie vor ein „Quasi Monopolist“) in den letzten Jahren zu einem Großsponsor vielseitiger Events und Sportveranstaltungen entwickelt hat. Dieses Sponsoring verschlingt erhebliche Summen und kann nicht nur mit notwendigen Werbemaßnahmen argumentiert werden. Genauso wie das Prachtgebäude muss es letztlich vom Endverbraucher finanziert werden.

Wo bleibt hier die Aufsichtspflicht der Stadt? Hat der Aufsichtsratsvorsitzende jemals auf den Vorstand der SWG AG eingewirkt, um Kostensenkungen in allen Bereichen zu erreichen? Ist die SWG AG nur gegründet worden, um Vorstandsmitgliedern und Leitenden Angestellten die Gehälter und die Versorgungsbezüge zu erhöhen? Dies sind Fragen, die sich dem Bürger stellen, der seinen finanziellen Verpflichtungen aufgrund der permanenten Preiserhöhungen nur noch schwer nachkommen kann. Immerhin handelt es sich bei Gas um die 4. Preiserhöhung innerhalb von zwei Jahren. Nach

seiner Meinung gehen die Stadtwerke auf der Ausgabenseite zu großzügig mit dem Geld der Energieverbraucher um.

Auch wenn die Stadtwerke in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurden, ist die Stadt Gießen, als alleiniger Gesellschafter, nach wie vor der Gemeinnützigkeit verpflichtet. Deshalb sollte über den Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Dr. Kölb unmissverständlich klar gemacht werden, dass hier nicht unbegrenzt aus dem Vollen geschöpft werden kann. Wenn das erste Ziel darin besteht, die Endkunden der Stadtwerke mit kostengünstiger Energie zu versorgen, muss der Vorstand mehr Fantasie bei Energieeinkauf entwickeln und gleichzeitig ein straffes internes Kostenmanagement umsetzen.

Dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, zeigt auch ein Vergleich mit den aktuellen Gaslieferpreisen der Mainova AG.

**Herr Becker** trägt den Antrag für die FW-Fraktion vor und erläutert ihn ausführlich.

**Ortsvorsteher Euler** erklärt, zwar eine Diskussion aber keine Abstimmung über diesen Antrag zuzulassen.

Die anschließende Diskussion, an der sich Herr Wagner, Herr Stv. Prof. Dr. Kramer und Ortsvorsteher Euler beteiligen, verläuft kurz und emotional.

**Herr Greilich**, Bündnis 90/Die Grünen, beantragt „Schluss der Debatte“.

Dem Antrag wird mehrheitlich gefolgt.

**13. Sofortiger Stopp der Erdaufschüttungen im Bereich des Sonderlandeplatzes Lützellinden** **OBR/0546/2006**  
**- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2006 -**

---

**Antrag:**

Der Magistrat wird gebeten dafür zu sorgen, dass mit sofortiger Wirkung die Aufschüttungen in der Verlängerung der Landesbahn des Sonderlandeplatzes Lützellinden in der Gemarkung Allendorf/Lahn gestoppt und ggf. beseitigt werden.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob der Flugplatzbetreiber bei den Städten Gießen und Wetzlar eine Verlängerung der Landebahn beantragt hat und mit welchem Ergebnis.

Der Ortsbeirat spricht sich gegen eine bauliche wie statusrechtliche Erweiterung des Sonderlandeplatzes Lützellinden aus.

**Begründung:**

In der Gemarkung Allendorf/Lahn ist das Gelände in Verlängerung der Landebahn mit Erdreich (und vermutlich auch Bauschutt) aufgeschüttet und auf die Höhe der Landebahn angepasst worden. Wir befürchten eine schleichende faktische Verlängerung der Landebahn und möchten dies verhindern. Außerdem wurde uns mitgeteilt, dass bei der Stadt Wetzlar ein Bauantrag auf Verlängerung der Landebahn in Richtung Münchholzhausen eingegangen sei. Wir bitten um umfassende Aufklärung.

**Herr Wagner** trägt den SPD-Antrag kurz vor.

**Beratungsergebnis:** Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**14. Stellungnahme der Stadt Gießen zum Regionalen Raumordnungsplan Mittelhessen**

---

**Beratungsergebnis:** Zurückgezogen.

**15. Mitteilungen und Anfragen**

---

- **Ortsvorsteher Euler** merkt an, im Zuge der Sanierung der Untergasse werde der Springbrunnen Ecke Untergasse/Triebstraße verschwinden. An dieser Stelle sei der Bau eines großen Rückhaltebeckens geplant. In einer Sitzung im Jahr 2002 habe der Ortsbeirat einstimmig beschlossen, dass ihm rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahmen die Gestaltung dieses Standortes vorgestellt werden solle. Der damalige Leiter des Gartenamtes, Herr Friedel, hatte die rechtzeitige Vorstellung eines Grünplanes versprochen und das Gartenamt habe ihm zwischenzeitlich mitgeteilt, dass die Planungen hierzu schon weit gediehen seien. Aber man habe Bedenken, die Planungen im Rahmen der Sanierung der Untergasse vorzustellen. Mit Einverständnis der Bürgermeisterin werden die Planungen für die Gestaltung der Grünfläche Anfang des nächsten Jahres in einer der ersten Sitzungen des Ortsbeirates vorgestellt.
- **Ortsvorsteher Euler** teilt mit, dass ein Unternehmen der Stadtwerke ein Kabel bis zum Lützelländener Sonderlandeplatz verlegen möchte. Und zwar werde dort eine Photovoltaikanlage gebaut und diese muss an eine Stromleitung angeschlossen werden. Der Anschluss soll Richtung Allendorf (Obergasse) erfolgen. Aus diesem Grunde werde die Obergasse für einen halben Tag gesperrt.
- Weiter teilt **Ortsvorsteher Euler** mit, dass die Arbeitsgruppe für den Aufbau einer Internetseite für den Stadtteil Allendorf bereits einmal getagt habe. In

einer der nächsten Ortsbeiratssitzungen wolle man bereits das Gesamtkonzept vorstellen. Die Seite selbst solle eigentlich zum 01.01.2007 online gehen, aber hier bestehe noch Abstimmungsbedarf mit der Stadt Gießen wegen der zur Verfügung Stellung von Kartenmaterial bzw. einer entsprechenden Verlinkung.

- **Herr Becker**, FW-Fraktion, teilt mit, dass der Wassereinfluss quer über die Straße vor dem Friedhof total verstopft sei. Die Gemeindearbeiter bekommen den Wassereinfluss nicht auf. Er bittet um Abhilfe.
- Weiter teilt **Herr Becker** mit, dass der Hochwassergraben in der Straße „Aubach“ (zwischen den Häusern Nr. 5 und 7) dringend gereinigt werden müsse.
- **Herr Wagner**, SPD-Fraktion, kritisiert, dass der Nachschub an „Gelben Säcken“ in Allendorf neuerdings nicht gewährleistet sei. Nachdem er von mehreren Bürgern angesprochen wurde, wo man diese Säcke erhalten könne, habe er sich ins Auto gesetzt und verschiedene Stellen (Kreisabfallwirtschaft in der Lahnstraße, Fa. Knab in Großen-Linden, Verwaltungsstelle in Allendorf) angefahren, aber ohne großen Erfolg.
- **Herr Wagner**, SPD-Fraktion, erinnert freundlich an die Erledigung der Straßenausbesserungsarbeiten in der Friedhofstraße (Querverbindungen von Gas- und Wasserleitungen an die Häuser), eine Sanierung wurde vor einiger Zeit bereits zugesagt. Dies sei dringend notwendig!
- **Herr Becker** und **Herr Heller**, FW-Fraktion, bitten Bürgermeisterin Weigel-Greilich, unter Überreichung von Fotomaterial, zu prüfen, ob eine Sanierung der Straßen im Sinne ihres Antrages (TOP 9, OBR/0530/2006) unter die Maßnahmen der Straßenbeitragsatzung fallen.
- **Ortsvorsteher Euler** merkt an, dass die anwesenden Ortsbeiratsmitglieder vor Beginn der Sitzung ihre Zugangsdaten für das Mandatsinformationssystem der Stadt Gießen erhalten haben.
- Weiter bittet **Ortsvorsteher Euler** um zahlreiche Teilnahme an den Veranstaltungen zum Totensonntag und Volkstrauertag.

## 16. Bürgerfragestunde

---

Es liegt nichts vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

gez.  
Thomas Euler  
Ortsvorsteher

gez.  
Andrea Allamode  
Schriftführerin